

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

Neue Mandatsperiode im Ausschuss der Regionen gestartet 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- Von der Leyen formuliert das Ziel eines Freihandelsabkommens mit Großbritannien 4
- Frauen und Mädchen in der Wissenschaft - vom Anspruch zur Realität 4
- Bewertung zur Besteuerung von Tabak in der EU 5

Europäisches Parlament

- Handel: Zustimmung des Parlaments zum Vietnam-Handelsabkommen, teilweise Rücknahme des präferenziellen Zugangs zum EU-Markt für Kambodscha 6
- Künstliche Intelligenz: Parlament will faire und sichere Nutzung für Verbraucher 7
- EU-Vereinigtes Königreich: Gleiche Bedingungen notwendig für fairen Wettbewerb 8
- Mehr als Geld: Der langfristige EU-Haushalt ist ein Instrument für Europas Zukunft 9

Sonstiges

- Impulse für Ausfuhren von Entwicklungsländern in die Europäische Union dank Handelspräferenzen 10
- Europäische Umweltagentur: Europa muss Anpassung an Klimawandel im Blick haben 11
- Winterprognose 2020: Gedämpftes Wachstum aufgrund gegenläufiger Faktoren 11

Laufende Konsultationen 12

Tagesordnungen der Institutionen 13

Impressum 13

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Neue Mandatsperiode im Ausschuss der Regionen gestartet

Am 11. und 12. Februar 2020 fand in Brüssel die 138. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Neben der Wahl eines neuen Präsidiums für die Mandatsperiode 2020 bis 2025, standen Themen wie nachhaltiges Wachstum und die „Konferenz zur Zukunft Europas“ im Mittelpunkt der Sitzung.

Zum neuen Präsidenten des Ausschusses der Regionen wurde der Grieche Apostolos Tzitzikostas (EVP), Gouverneur der griechischen Region Zentralmazedonien, gewählt. In seiner Antrittsrede betonte Tzitzikostas zugleich die Hauptprioritäten für seine Amtszeit: Die EU muss zukünftig noch mehr im Dienst der Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer Wohnorte stehen. Europa soll bürgernäher gemacht werden. Diesbezüglich sieht der neu gewählte Präsident die anstehende „Konferenz zur Zukunft Europas“ als wichtigen Aspekt, im Zuge derer Ideen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union gesammelt und Bürgerinnen und Bürger der Union maßgeblich miteinbezogen werden (Wir berichteten in unseren [Newsletter 03-20](#)). Zudem muss auf moderne tiefgreifende Herausforderungen der grünen, digitalen und demografischen Revolution reagiert werden. Prinzipiell sprach sich Tzitzikostas für einen „Bottom-up“-Ansatz aus, bei dem die Meinungen der Regionen und Städte Europas mehr in die Entscheidungsfindung der EU einfließen.

Die 138. Plenartagung brachte auch erfreuliches für Tirol: Zu einem der Vizepräsidenten des AdR wurde Landeshauptmann Günther Platter gewählt. Zudem übernimmt er auch zukünftig die Delegationsleitung der österreichischen Abgeordneten und steht den zwölf österreichischen Mitgliedern sowie den zwölf stellvertretenden Mitgliedern beim Ausschuss vor.



Apostolos Tzitzikostas ist neuer Präsident des AdR

„Als gewählte Kommunal- und Regionalpolitiker stehen wir in der Pflicht, die Europäische Union so zu gestalten, dass sie auch jene anspricht und erreicht, die sich vernachlässigt oder vergessen fühlen. Die EU muss ihre Entscheidungen so bürgernah wie möglich treffen, um das Leben der Menschen zu verbessern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Union den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird und Vertrauen wiedergewinnt. Die EU muss unter Beweis stellen, dass sie zuhören und sich ändern kann.“

- Apostolos Tzitzikostas



Thema der Woche

Tirol wird neben seinem Landeshauptmann auch durch Hanspeter Wagner, Bürgermeister von Breitenwang, vertreten. Stellvertretendes Mitglied ist zudem Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann, die Platter bei der Plenartagung im Februar vertrat. Gemeinsam mit ihren Kollegen widmete sich Ledl-Rossmann bei der Plenartagung des AdR wichtigen Themen, wie der jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020, dem Erweiterungspaket 2019 und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union. Zudem wurde ausführlich über die angestrebte „Konferenz zur Zukunft Europas“ debattiert.

Neben der Wahl des Präsidiums durfte der europäische Ausschuss der Regionen (AdR) eine neue Fraktion begrüßen: Erstmals konnte sich eine Fraktion von Grünen Abgeordneten bilden. Die 20 Mitglieder, darunter viele neu gewählte VertreterInnen, kamen am Dienstag (11. Februar) in Brüssel zu einer ersten Fraktionssitzung zusammen. Zur Bildung einer neuen Fraktion braucht es im AdR mindestens 18 Mitglieder aus sechs Ländern. Weil es zuvor nicht genug grüne Abgeordnete gegeben hatte, waren sie über die fünf Fraktionen des AdR verteilt oder parteilos gewesen.



Landtagspräsidentin Ledl-Rossmann gemeinsam mit dem neuen EPP-Fraktionsvorsitzenden Olgierd Geblewicz und AdR-Präsidenten Apostolos Tzitzikostas

Weitere Informationen finden Sie auf der [Website des Ausschusses der Regionen](#) und auf der [Website des Landes Tirol](#). Einzelheiten zur 138. Plenartagung und zu den Zielen Tzitzikostas finden Sie [hier](#).

Zur Info:

Der Ausschuss der Regionen ist ein Organ der Europäischen Union, eingesetzt um die Interessen der Regionen und Gemeinden zu vertreten. 1994 errichtet, nimmt der AdR beratende Aufgaben im Rahmen der Beschlussfassungsprozesse der EU wahr. Einige Organe der EU sind verpflichtet, seine Stellungnahme zu Fragen einzuholen, die die Städte und Regionen betreffen. Die 329 Mitglieder des AdR verfügen zwar nicht über Entscheidungsbefugnis auf EU-Ebene, ihre Empfehlungen können jedoch erheblichen Einfluss auf nationale Führungspitzen und Mitglieder der Europäischen Kommission haben. Jährlich hält der AdR bis zu sechs Plenartagungen ab, an denen AdR-Mitglieder (oder Stellvertreter) aus Regionen und Städten aller 27 Mitgliedstaaten der EU teilnehmen. In der vergangenen Mandatsperiode arbeiteten die AdR-Mitglieder insgesamt 293 Stellungnahmen und 49 Resolutionen aus.



Europäische Kommission

Von der Leyen formuliert das Ziel eines Freihandelsabkommens mit Großbritannien

Die EU wird mit dem höchsten Ehrgeiz in die Verhandlungen mit Großbritannien eintreten, sagte Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments. Die Abgeordneten erörterten den Vorschlag der Kommission für ein Mandat für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich.

„Gute alte Freunde wie Großbritannien und wir sollten uns nicht mit weniger zufrieden geben“, sagte von der Leyen. Sie sprach von den Vorteilen von Freihandelsabkommen - von der Schaffung neuer Märkte für Unternehmen über den verstärkten Austausch von Waren und Dienstleistungen bis hin zur Anhebung der Standards in zahlreichen Bereichen. Die EU strebt bei den anstehenden Verhandlungen mit Großbritannien Nullzölle und Nullquoten für alle Waren an. Dies sei ein einzigartiges Ziel im Hinblick auf den Zugang zum EU-Binnenmarkt, erklärte von der Leyen und sie lobte Großbritannien für seine

Leistungen in den Bereichen Sozialschutz, Klimaschutz und Wettbewerbsregeln. Von der Leyen sagte, wir könnten einen „dynamischen Wettbewerb nach oben auslösen“, von dem sowohl Großbritannien als auch die EU profitieren würden, und das liegt auch im beiderseitigen Interesse. Sie teilte den Abgeordneten mit, dass die Task Force für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich bereit sei, die Verhandlungen aufzunehmen.

Mehr Details zur Rede von Ursula von der Leyen finden Sie [hier](#).

Frauen und Mädchen in der Wissenschaft - vom Anspruch zur Realität

Am 11. Februar, dem Internationalen Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft, lobte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die außerordentlichen Leistungen von Wissenschaftlerinnen in ganz Europa.

Sie räumte ein, dass nicht jede Frau und jedes Mädchen die Chance hatte, ihre Bestrebungen zu verwirklichen. "Weniger als 30% der Forscher weltweit sind Frauen", zitierte von der Leyen in ihrer Videobotschaft UN-Daten. "Das muss sich ändern", betonte sie. 2015 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, die den 11. Februar zum Internationalen Tag der Frauen und Mädchen in der Wissenschaft erklärt, um Frauen und Mädchen vollen und gleichen Zugang zu Wissenschaft und Teilnahme an Wissenschaft zu ermöglichen. Im Jahr 2018 waren laut Eurostat von fast 15 Mio.

Wissenschaftlern und Ingenieuren in der EU 59% Männer und 41% Frauen. „Gleichheit für alle und Gleichheit in allen Sinnen“ ist eine der Hauptprioritäten der von der Leyen-Kommission und der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. „Meine Kommission wird hart daran arbeiten, einen vollständigen und gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen in der Wissenschaft zu erreichen. Eine Union der Gleichberechtigung ist eine unserer Hauptprioritäten“, sagte von der Leyen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Europäische Kommission



Bewertung zur Besteuerung von Tabak in der EU

Die Europäische Kommission hat eine Bewertung der EU-Vorschriften zur Besteuerung von Tabak veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass der hohe Tabakkonsum in der EU nicht ausreichend verhindert wird.

Der Anteil der RaucherInnen in der Europäischen Union ist weiterhin besorgniserregend: 26 Prozent der Erwachsenen und 29 Prozent der jungen EuropäerInnen im Alter von 15 bis 24 Jahren rauchen. Österreich liegt mit einem Anteil von 28 Prozent an RaucherInnen in der Bevölkerung über dem europaweiten Durchschnitt. Im Zuge des Europäischen Plans zur Bekämpfung von Krebs (wir berichteten im NL05-20), möchte die Kommission den Anteil an RaucherInnen senken. Die Bewertung der EU-Vorschrift zeigt auf, dass die Tabakbesteuerung aus dem Jahr 2011 zwar gut hinsichtlich Vorhersehbarkeit und Stabilität der

Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten funktioniert, die hohen Tabakkonsum in der Union aber nicht verhindert. Darüber hinaus herrschen in den Mitgliedsstaaten unterschiedlichste Durchschnittspreise für Zigarettenspackungen (zwischen 2,57 Euro und 11,37 Euro), was in Folge den Anreiz für grenzüberschreitende Einkäufe erhöht. Zudem werden neuere Produkte, wie E-Zigaretten, durch den bisherigen Rechtsrahmen nicht ausreichend abgedeckt werden.

Die Bewertung der EU-Vorschriften zur Besteuerung von Tabakwaren finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Handel: Zustimmung des Parlaments zum Vietnam- Handelsabkommen, teilweise Rücknahme des präferenziellen Zugangs zum EU-Markt für Kambodscha

Gleich zwei große Nachrichten gibt es zu den Handelsbeziehungen der EU mit südostasiatischen Staaten. Bei der Plenartagung dieses Monat gab das Parlament seine Zustimmung für das Handelsabkommen mit Vietnam und fast zeitgleich gab die Kommission bekannt, den bevorzugten Marktzugang Kambodschas aufgrund von Menschenrechtsverletzungen zurückzunehmen.

Freihandelsabkommen: Die Abgeordneten stimmten dem Freihandelsabkommen zu. In einer begleitenden Entschließung bezeichnen die Abgeordneten den Vertrag als „das modernste, am weitesten reichende und ambitionierteste Abkommen, das jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland geschlossen wurde“. Es könne dazu beitragen, strenge Normen und Regeln in der Region zu setzen und den Weg ebnen für ein künftiges interregionales Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Wie bereits in der [letzten Ausgabe berichtet](#), wird das Abkommen praktische alle Zölle zwischen den beiden Parteien aufheben und auch Investitionen und Kapitalfluss erleichtern. Auch dieses Abkommen ist an Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards von Seiten Vietnams geknüpft und kann bei Verstößen ausgesetzt bzw. im drastischen Fall gekündigt werden.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Kambodscha: Aufgrund der schwerwiegenden und systematischen Verstöße gegen Menschenrechtsgrundsätze hat die Europäische Kommission beschlossen, einen Teil der Zollpräferenzen, die Kambodscha im Rahmen der Handelsregelung „Everything But Arms“ (EBA – Alles außer Waffen) gewährt worden waren, zurückzunehmen. Die Rücknahme von Zollpräferenzen betrifft Kleidung und Schuhe, Reiseartikel und Zucker. Das entspricht 1 Mrd. €, also etwa einem Fünftel der jährlichen kambodschanischen Ausfuhren in die EU. Sofern das Europäische Parlament und der Rat keine Einwände erheben, wird die Maßnahme am 12. August 2020 wirksam. Mit diesem Beschluss reagiert die Kommission auf die Menschenrechtsverletzungen, die das Verfahren ausgelöst haben und wahrt gleichzeitig das Entwicklungsziel des EU-Handelssystems.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Künstliche Intelligenz: Parlament will faire und sichere Nutzung für Verbraucher

In einer Resolution verlangt das Parlament strenge Regelungen, um die Verbraucher im Rahmen der Nutzung künstlicher Intelligenz und automatisierter Entscheidungsfindung zu schützen.

Die Resolution beschäftigt sich mit verschiedenen Herausforderungen, die sich im Rahmen der schnellen Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) und Technologien zur automatisierten Entscheidungsfindung stellen. Ein besonderes Augenmerk wird auf den Verbraucherschutz gelegt. Das Parlament begrüßt das Potenzial von automatisierter Entscheidungsfindung, den Verbrauchern innovative und verbesserte Dienstleistungen zu bieten, einschließlich neuer digitaler Dienste wie virtueller Assistenten und Chatbots. Wenn man jedoch mit einem System interagiert, das die Entscheidungsfindung automatisiert, sollte man „angemessen über die Funktionsweise informiert werden, sowie darüber, wie ein menschlicher Ansprechpartner mit Entscheidungsbefugnissen erreicht werden kann und wie sichergestellt wird, dass die Entscheidungen

eines Systems überprüft und korrigiert werden können“, fügt das Parlament hinzu. Die Systeme sollten nur hochqualitative und tendenzfreie Datensätze, sowie „nachvollziehbare und tendenzfreie Algorithmen“ verwenden. Es müssen Kontrollmechanismen eingerichtet werden, um mögliche Fehler automatisierter Entscheidungen korrigieren zu können. Verbraucher müssen auch eine Aufhebung von endgültigen automatisierten Entscheidungen verlangen können. Das Parlament fordert ein Risikobewertungsschema für KI und automatisierte Entscheidungsfindung sowie einen gemeinsamen EU-Ansatz, um die Vorteile dieser Prozesse zu sichern und die Risiken in der gesamten EU zu mindern.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

EU-Vereinigtes Königreich: Gleiche Bedingungen notwendig für fairen Wettbewerb

Mittwoch hat das Europäische Parlament eine Entschließung angenommen, die einen ersten Beitrag des Parlaments zu den bevorstehenden Verhandlungen mit der britischen Regierung über eine neue Partnerschaft nach dem Brexit darstellt.

Das Parlament möchte, dass das Assoziierungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich so umfassend wie möglich gestaltet wird und sich auf drei Hauptsäulen stützt: eine Wirtschaftspartnerschaft, eine Partnerschaft für auswärtige Angelegenheiten und eine für sektorspezifische Angelegenheiten. Ein Nicht-EU-Staat kann jedoch nicht die gleichen Rechte wie ein Mitgliedsstaat genießen, und die Integrität des Binnenmarktes und der Zollunion muss jederzeit gewahrt werden, so die Abgeordneten. Angesichts der Größe der britischen Wirtschaft und ihrer Nähe muss der künftige Wettbewerb mit der EU durch gleiche Wettbewerbsbedingungen offen und fair gehalten werden. Das bedeutet Garantien für gleiche Regeln u.a. in den Bereichen Soziales, Umwelt, Steuern, staatliche Beihilfen, Verbraucherschutz und Klima. Um quoten- und zollfreie Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten, sollte sich die britische Regierung dazu verpflichten, ihre Regeln zum Beispiel in den Bereichen Wettbewerb, Arbeitsrecht und Umweltschutz zu aktualisieren, um eine "dynamische Anpassung" der Gesetze zwischen der EU und Großbritannien zu gewährleisten, so die Abgeordneten. Die Entschließung stellt auch klar, dass jedes Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von einer vorher zu



treffenden Vereinbarung über die Fischerei abhängig gemacht werden muss, um die Zustimmung des Parlaments zu erhalten. Die Bestimmungen über die Fischerei sollen bis zum 1. Juli 2020 vereinbart werden. Wenn das Vereinigte Königreich die EU-Gesetze und -Standards nicht einhält, sollte die Kommission "mögliche Quoten und Zölle für die sensibelsten Sektoren sowie die Notwendigkeit von Schutzklauseln zum Schutz der Integrität des EU-Binnenmarktes bewerten". Dies ist besonders wichtig für Lebensmittel- und Agrarimporte, die sich streng an die EU-Vorschriften halten müssen.

Mehr Informationen zur weiteren Beziehung zwischen der EU und Großbritannien finden Sie im [Newsletter der vergangene Woche](#). Mehr Informationen zur Entschließung des Parlaments [hier](#).



Europäisches Parlament

Mehr als Geld: Der langfristige EU-Haushalt ist ein Instrument für Europas Zukunft

In einer Debatte über die EU-Finzen für 2021-2027 betonten die Abgeordneten, dass das Parlament nur einem Haushalt zustimmen wird, der den Ambitionen der Europäischen Union entspricht.

Über den EU-Haushalt sprechen heißt über die Zukunft der EU sprechen, so die Abgeordneten in einer zentralen Plenardebatte mit Nikolina Brnjac, der kroatischen Staatssekretärin für auswärtige und europäische Angelegenheiten, als Vertreterin des Rates, und der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die meisten Abgeordneten betonten, dass eine ausreichende Finanzierung der Schlüssel zur Erreichung gemeinsamer Ziele ist, darunter die Bekämpfung des Klimawandels, die digitale und ökologische Wende, die Bewältigung der sozialen Folgen der letzteren und die fortgesetzte Unterstützung von Regionen und Städten, Landwirten, jungen Menschen, Forschern oder

Unternehmern. Die Umsetzung des „Green Deal“ mit einem verringerten Haushalt würde beispielsweise bedeuten, dass erfolgreiche EU-Programme anderswo gekürzt werden müssten, betonten die Abgeordneten. Einige sagten, dass bestimmte EU-Politiken gründlicher bewertet werden müssten und dass mehr Ausgabendisziplin erforderlich sei. Darüber hinaus seien die Einführung neuer Einnahmequellen („Eigenmittel“) für die EU sowie die Verknüpfung des EU-Haushalts mit der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit für die Abgeordneten von zentraler Bedeutung.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Impulse für Ausfuhren von Entwicklungsländern in die Europäische Union dank Handelspräferenzen

Die Ausfuhren aus Entwicklungsländern in die Europäische Union, bei denen besondere Zollpräferenzen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU in Anspruch genommen werden, erreichten 2018 einen neuen Höchstwert von 69 Mrd. €. Dem zweijährigen Bericht der Europäischen Kommission über das APS zufolge stiegen die Ausfuhren der 71 APS-begünstigten Länder in die EU auf fast 184 Mrd. €. Davon entfielen beinahe 69 Mrd. € auf Sonderpräferenzen.

Im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems fallen für Ausfuhren von Entwicklungsländern in die EU keine Einfuhrzölle an. Durch zusätzliche Exportmöglichkeiten werden diese Länder bei der Bekämpfung der Armut und der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt, wobei gleichzeitig auch die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung gewahrt werden. So zeigt der heute veröffentlichte Bericht, dass beispielsweise Sri Lanka, die Mongolei und Bolivien dank des APS wirksamer gegen Kinderarbeit vorgehen. Die EU-Handelsagenda

leistet weltweit einen Beitrag für die Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung. Die Präferenzen bieten einen Anreiz für die begünstigten Länder, weitere Schritte zur wirksamen Umsetzung internationaler Übereinkommen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Umwelt und verantwortungsvolle Staatsführung zu unternehmen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

„Dank unseres Handelspräferenzsystems importiert die EU doppelt so viel aus den am wenigsten entwickelten Ländern wie der Rest der Welt. Mit diesem Markenzeichen der EU-Handelspolitik unterstützen wir Millionen von Arbeitsplätzen in den ärmsten Ländern der Welt und schaffen dort einen Anreiz, internationale Übereinkommen über Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, verantwortungsvolle Staatsführung und Umweltschutz umzusetzen.“

- EU-Handelskommissar Phil Hogan



Sonstiges

Europäische Umweltagentur: Europa muss Anpassung an Klimawandel im Blick haben

Die Europäische Umweltagentur hat in einem umfangreichen Bericht und anhand ausführlicher interaktiver Landkarten die Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene europäische Regionen untersucht.

Gewisse Folgen des Klimawandels sind unausweichlich und es bedarf der aktiven Eindämmung – darüber ist man sich einig. Die Europäische Umweltagentur hat nun Szenarien für alle möglichen Regionen in der EU errechnet. Bereits jetzt belegen Aufzeichnungen, dass sich Dürren, Starkregen, Überschwemmungen, Waldbrände und Flutwellen vermehrt haben und es ist zu erwarten, dass diese im nächsten Jahrzehnt noch stärker auftreten. Vor allem im Bezug auf Dürren, welche sich laut Prognosen in Südeuropa mehren werden, wird es zu ganz neuen Problemstellungen kommen,

wie beispielsweise der verschärfte Wettbewerb um Wasser zwischen der Landwirtschaft, der Industrie, dem Tourismus und privaten Haushalten. In Nordeuropa werden wiederum Starkregen und Überflutungen zunehmen. Auch wird der Anstieg des Meeresspiegels die Küstenregionen Europas (mit Ausnahme der Ostsee und des nördlichen Atlantiks) unter Druck bringen. Die Umweltagentur mahnt daher, den europäischen „Green Deal“ schnell voranzutreiben, um zumindest das Ausmaß der Folgeschäden einzudämmen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Winterprognose 2020: Gedämpftes Wachstum aufgrund gegenläufiger Faktoren

Die Winterprognose 2020 bestätigt den stetigen, gemäßigten Wachstumskurs der europäischen Wirtschaft. Das Euro-Währungsgebiet erlebt derzeit seine längste Phase nachhaltigen Wachstums seit der Einführung des Euro im Jahr 1999.

Nach der Prognose wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Euro-Währungsgebiet in den Jahren 2020 und 2021 stabil bei 1,2 % bleiben. Für die EU insgesamt wird ein geringfügiger Rückgang des Wachstums auf 1,4 % in den Jahren 2020 und 2021 prognostiziert - 2019 war noch von 1,5 % ausgegangen worden. Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten sich weiterhin schwierig. Dank der kontinuierlichen Schaffung von Arbeitsplätzen, eines robusten Lohnwachstums und eines unterstützenden Policy-Mix dürfte die europäische Wirtschaft jedoch auf einem gemäßigten Wachstumspfad bleiben. Der private Konsum und private Investitionen, insbesondere im Bausektor, werden das Wirtschaftswachstum weiter ankurbeln, während davon auszugehen ist, dass eine Reihe von

Mitgliedstaaten außerdem verstärkt öffentliche Vorhaben verwirklichen und insbesondere in Verkehr und digitale Infrastruktur investieren werden. Die Inflationsprognose für das Euro-Währungsgebiet wurde für 2020 auf 1,3 % und für 2021 auf 1,4 % korrigiert - eine Steigerung von 0,1% für beide Jahre im Vergleich zur Herbstprognose 2019. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die höheren Löhne ersten Anzeichen zufolge nunmehr auf die Preise durchschlagen könnten und die Annahmen bezüglich der Ölpreise leicht nach oben korrigiert wurden. Auch die Inflationsprognose für die gesamte EU wurde für 2020 um 0,1% auf 1,5 % angehoben. Die Prognose für 2021 bleibt unverändert bei 1,6 %.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung](#)

Öffentliches Gesundheitswesen

4. Februar 2020 - 28. April 2020

[Bodenabfertigungsdienste an EU-Flughäfen - Bewertung](#)

Verkehr

30. Jänner 2020 - 23. April 2020

[Finanzdienstleistungen - Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe \(neue Regeln\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Finanzdienstleistungen - EU-Rechtsrahmen für Kryptoaktiva](#)

Bank- und Finanzdienstleistung

19. Dezember 2019 - 19. März 2020

[Schädliche Chemikalien - endokrine Disruptoren, Überprüfung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt, öffentliches Gesundheitswesen

16. Dezember 2019 - 9. März 2020

[Ursprungskennzeichnung für Fleisch - Bewertung](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

9. Dezember 2019 - 2. März 2020

[Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds für allgemeine und berufliche Bildung - Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

18. November - 24. Februar 2020

[EU-Wettbewerbsregeln für horizontale Vereinbarungen zwischen Unternehmen - Bewertung](#)

Wettbewerb

6. November 2019 - 12. Februar 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Sandra Gintsberger, BA

Konrad Pölzl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 2

<https://cor.europa.eu/de/news/Pages/central-macedonia-governor-elected-president-of-the-eu-committee-of-the-regions.aspx>

S. 3

<https://www.tirol.gv.at/landtag/meldungen/meldung/artikel/ltpin-ledl-rossmann-die-eu-ist-fuer-die-zukunft-europas-unverzichtbar/>

S. 8

https://www.europarl.europa.eu/resources/library/images/20200210PHT72204/20200210PHT72204_original.jpg